



Simone Lugner. Die Witwe von Richard Lugner hat dessen Auto kaputt gefahren und muss dafür jetzt 5.000 Euro zahlen. Seite 11

9
2. September 2026

Chats bringen Leo Lugner unter Druck

Politik. Das stadtbekannte Enfant terrible der Wiener FPÖ dürfte zu weit gegangen sein. Die Staatsanwaltschaft ermittelte gegen ihn wegen NS-Wiederbetätigung – etwa wegen Nachrichten über die Leibspeise Adolf Hitlers.

Von Agnes Preusser
und Josef Kleinrath

Er ist ein rechter Provokateur, trägt einen bekannten Namen und ist nie darum verlegen, für Aufmerksamkeit zu sorgen. Wie am Mittwoch bekannt wurde, reichen die Aktivitäten des Wiener FPÖ-Politikers Leo Lugner aber über reine Provokation weit hinaus.

Laut Recherchen des *Standard* soll er als Beschuldigter in einem Ermittlungsverfahren wegen NS-Wiederbetätigung geführt werden. Die Staatsanwaltschaft Wien bestätigt das gegenüber dem KURIER. Die Ermittlungen – inklusive Hausdurchsuchung – hätten demnach 2022 begonnen. Damals war Lugner noch kein Abgeordneter, was insofern wichtig ist, weil das Verfahren deswegen nicht von Lugners jetziger Immunität beeinträchtigt worden ist.

Konkret soll es um Chats gehen, die den Tatbestand der Wiederbetätigung erfüllen sollen. Was genau in den Chats kommuniziert wurde, gab die Staatsanwaltschaft auf Anfrage nicht bekannt. Bestätigt wird, dass Lugner ein Diversionsangebot bekommen habe, um einer Anklage zu entgehen.

Lugner müsse jedenfalls die Pauschalkosten des Verfahrens tragen, und das Diversionsangebot sieht in seinem Fall keine Geldbuße, sondern „gemeinnützige Leistungen“ vor.

Rechtsmittel eingelegt

Dass das Verfahren vier Jahre gedauert hat, sei auf die zahlreichen Rechtsmittel zurückzuführen, die Lugner dagegen eingelegt hat. Sowohl gegen die Hausdurchsuchung als auch gegen die Beschlagnahme von Handy und Datenträgern hat Lugner berufen. Ebenso habe er verhindern wollen, dass beschlagnahmte Datenträger ausgelesen werden. Alles ohne Erfolg, wie die Staatsanwalt-

Lugner meldete sich zu Wort: „Unüberlegte Aussagen, die niemals hätten fallen dürfen.“



APA/HELMUT FOHRINGER

schaft erklärt – darum konnte nach langer Verfahrensdauer jetzt das Diversionsangebot gestellt werden.

Lugner war für den KURIER bisher noch nicht erreichbar, er meldete sich allerdings auf der Social-Media-Plattform X zu Wort: „Vor neun Jahren habe ich in einem privaten Chat unüberlegte Aussagen gemacht – etwa die Anspielung auf Eiernockerl am 20. April (die Anspielung auf die vermeintliche Lieblingspeise Adolf Hitlers an

dessen Geburtstag gilt als rechtsextremer Code, Anm.). Solche Äußerungen würde ich heute keinesfalls wiederholen. Sie hätten niemals fallen dürfen, auch nicht im privaten Rahmen eines Chats.“

Weiters kündigte Lugner an, die 160 Stunden gemeinnützige Arbeit verlässlich leisten zu werden. „Mir ist es wichtig, zu betonen: Ich verurteile die Ideologie des Nationalsozialismus sowie die Verbrechen des NS-Regimes aufs Schärfste“, so der FPÖ-

Politiker. Die Wiener FPÖ kommentierte den Fall bisher nicht.

Harsche Kritik

Zur rechtlichen Einordnung: Österreichische Gerichte fällen immer wieder Schuldsprüche zu Eiernockerl-Postings – ein burgenländischer Polizist etwa wurde zu zehn Monaten bedingter Haft und einer Geldstrafe von 6.300 Euro verurteilt.

Harsche Kritik kommt vom politischen Wettbewerb.

Alle verweisen auf die zuletzt medial kolportierten engen Verbindungen zwischen der Freiheitlichen Jugend und den Identitären (siehe unten).

Wiens Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ) zeigte sich in einer Aussendung besorgt. „Nationalsozialistisches Gedankengut, Antisemitismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit haben in unserer demokratischen Gesellschaft keinen Platz. Die bekannt gewordenen Vorwürfe sind schwerwiegend und müssen vollständig aufgeklärt werden. Gerade in Zeiten, in denen Hass und Hetze zunehmen, braucht es eine klare und unmissverständliche Haltung gegen jede Form des Rechtsextremismus.“

Unterstützt wird Ludwig dabei auch von Landespartei-Sekretär Jörg Neumayer und Klubobmann Josef Taucher. „Wer Hass und rechtsextremes Gedankengut verharmlost oder die notwendige Abgrenzung verweigert, trägt dazu bei, dass sich die Grenzen des Sagbaren immer weiter verschieben. Von einer demokratischen Partei muss man hier eine klare Haltung erwarten können“, sagt Neumayer.

Rücktritt gefordert

Die Wiener Grünen brachten als erste Rücktrittsaufforderungen ins Spiel. „Es ist glasklar: Für dieses Gedankengut kann es im Rathaus keinen Platz geben“, so Wiens Parteichefin Judith Pühringer. „Leo Lugner muss auf der Stelle zurücktreten.“

Auch die Neos sprechen sich für einen Rücktritt aus, zudem will man die FPÖ-Führung in die Pflicht nehmen: „Aussetzen ist keine Option: Wer ein Mandat innehat, muss diesen Vorwürfen Taten folgen lassen. Ich erwarte von der FPÖ Wien eine klare Distanzierung und von Leo Lugner den Rücktritt von seinem Mandat“, sagt Gemeinderat Thomas Weber.



„Es braucht klare und unmissverständliche Haltung gegen jede Form von Rechtsextremismus.“

Michael Ludwig
SPÖ

CHRISTIAN JOBST



„Es ist glasklar: Für dieses Gedankengut kann es im Wiener Rathaus keinen Platz geben.“

Judith Pühringer
Grüne

APA / GEORG HOCHMUTH



„Leo Lugner muss sofort zurücktreten – nicht irgendwann, sondern jetzt.“

Thomas Weber
Neos

NEOS



„Es braucht eine schärfere Formulierung des Bundesgesetzes für Mandatare bei Wiederbetätigung.“

Josef Taucher
SPÖ

APA / ROLAND SCHLAGER

Die FPÖ und ihre Nähe zu den rechtsextremen Identitären

Identitäre Enthüllungen.

Dass die Ermittlungen gegen Leo Lugner wegen Wiederbetätigung bekannt geworden sind, ist auch das Ergebnis einer großen Recherche des *Standard*. Darin wurden Verbindungen zwischen der Identitären Bewegung, der „Aktion 451“ und dem Ring Freiheitlicher Jugendlicher offengelegt. Anhand von geheimen internen Dokumenten wie Transkripten von Vorträgen, Chatverläufen, Fotos und Videos sei belegbar, wie nahe diese Verbindungen tatsächlich sind. Die Recherchen legen nahe, dass

der universitäre Ableger „Aktion 451“ nicht nur zur Schulung junger Rechtsextremer gedient habe, sondern aus dessen Umfeld Personen für Jobs im Umfeld der FPÖ und im Parlament rekrutiert wurden.

Die FPÖ hatte sich von den Identitären – die von Martin Sellner gegründet wurden – offiziell distanziert, in den Anfängen wurden diese aber vom jetzigen

FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz am Hauptplatz von Wiener Neustadt offiziell herzlich willkommen geheißen.

NS-Rassenlehre

Im Zuge der Recherchen wurde auch aufgedeckt, dass bei einer intern „RFJ-Untersuchung“ genannten Prozedur der Schädel vermessen worden sei – samt Verweis auf den „Arierkno-

chen“, der eben aus der NS-Rassenlehre abgeleitet wird.

Die Identitäre Bewegung steht unter Beobachtung des Verfassungsschutzes, in den Berichten sind immer wieder auch die Namen von Funktionären der Freiheitlichen Jugend aufgetaucht, direkt neben Mitgliedern rechtsextremer deutschnationaler Burschenschaften, die gemeinsam in der „Aktion 451“ aktiv gewesen sei-

en. Schon zuvor legten Recherchen von *Standard* und *ORF* „Report“ offen, dass zahlreiche FPÖ-Parlamentsmitarbeiter in den Beobachtungen des Verfassungsschutzes aufgetaucht sind. Etwa jener Mann, der beschuldigt wird, im Juni in Leoben an einem brutalen Angriff auf einen Taxilenker beteiligt gewesen zu sein, und dann seinen Job im Parlament verlor. Ein Insider hat gegenüber dem *Standard* gesagt: „Die extreme Rechte wird in der FPÖ nicht nur geduldet, sondern aktiv gefördert.“ J. Kleinrath